

Leitantrag:

Aus der Krise lernen

zur Landesvertreterversammlung im Juni 2021

Lehrkräftemangel und halbherzige Unterstützung für Schüler/innen mit Förderbedarf, ein klägliches Tempo bei der Digitalisierung und die Bürokratisierung des Schulalltags: Das sind Punkte, die der VBE Hessen seit langem kritisiert und die unter dem Brennglas der Pandemie deutlicher denn je sichtbar wurden. Der VBE Hessen appelliert daher an die Politik, aus der Krise Lehren zu ziehen und endlich die nötigen Mittel für Verbesserungen von Lehren und Lernen bereitzustellen. Ziel allen politischen Handelns müssen Schulen sein, an denen gleichermaßen der Anspruch auf gute Arbeitsbedingungen und Gesundheitsschutz sowie auf Bildungsgerechtigkeit für alle Schüler/innen erfüllt ist.

Lehrkräftemangel

Die Personalplanung der vergangenen Jahre rächt sich: An den Schulen gibt es zu wenige Lehrkräfte; ohne Lehramtsstudierende, „VSS-ler“, Quer- und Seiteneinsteiger/innen wäre der Schulbetrieb vielerorts nicht aufrecht zu erhalten. Dieses Problem hat sich während der Pandemie dort verschärft, wo viele Kolleginnen und Kollegen zur Risikogruppe gehören. Deren Aufgaben im Präsenzunterricht mussten häufig von Kolleginnen und Kollegen übernommen werden, was eine zusätzliche Belastung bedeutete.

Der VBE Hessen fordert:

- Die Personalplanung muss so gestaltet sein, dass die Schulen bei Erkrankung oder längerfristigem Ausfall von Lehrkräften auf eine Vertretungsreserve an qualifizierten Kolleginnen und Kollegen zurückgreifen können.
- Die Belastungen der Lehrkräfte während der Pandemie haben diesen Beruf nicht attraktiver gemacht. Eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen ist daher dringend geboten (*siehe dazu im Detail die folgenden Ausführungen und die VBE-Position zum Arbeits- und Gesundheitsschutz*).
- Die bessere Bezahlung von Lehrkräften an Grundschulen ist überfällig. Die „knappen Kassen“ infolge der Pandemie dürfen nicht als Ausrede dienen, zumal die Forderung „A13 als Einstiegsgehalt für alle Lehrämter“ nicht neu ist.

Multiprofessionelle Teams

Schule ist längst nicht mehr nur ein Ort der Wissensvermittlung. Um Kinder und Jugendliche beim Lernen, Heranwachsen und Reifen zu begleiten, braucht es multiprofessionelle Teams, denen auch Förderschullehrer/innen, sozialpädagogische Fachkräfte, Schulgesundheitsfachkräfte und Psychologinnen/-en angehören. Dies gilt erst recht jetzt, wo die Nebenwirkungen der Pandemie aufgefangen werden müssen, z.B. belastende Erfahrungen und Ereignisse aus den vergangenen Monaten. Zudem wurde durch den Distanzunterricht offenbar, wie viele Eltern ihren Erziehungsauftrag nicht erfüllen (können), also ihren Kindern nicht mit klaren Tagesstrukturen, Regeln oder Ritualen ein stabiles Umfeld bieten und sie beim Erledigen ihrer Schulaufgaben unterstützen.

Der VBE Hessen fordert:

- Eine (halbe oder viertel) UBUS-Kraft allein macht noch kein multiprofessionelles Team. Die Zusammenarbeit mehrerer Professionen, die angemessen mit Stunden ausgestattet sind, muss daher an allen Schulen Standard werden.
- Für die Teamarbeit sind zusätzliche Kooperationsstunden einzuplanen, außerdem sind Räume für Besprechungen, gemeinsame Unterrichtsvorbereitung und das differenzierte Arbeiten mit Schülerinnen und Schülern notwendig.

Bessere Förderung aller Schüler/innen

Das von Bund und Land angekündigte „Aufholprogramm“ ist zu begrüßen. Allerdings darf es nicht bei einer Finanzspritze bleiben, die noch dazu in erster Linie dem privaten Nachhilfe-Sektor zugute kommt. Um dauerhaft eine bessere Förderung und Unterstützung v.a. für Schüler/innen aus benachteiligten Familien zu gewährleisten, braucht es insgesamt mehr Geld und Personal für das (staatliche) Schulsystem.

Außerdem hält der VBE Hessen eine Senkung der Klassengrößen für überfällig. Inklusion, Integration und größere Heterogenität machen eine individuelle Förderung durch stärkere Differenzierung notwendig, zudem muss außer Wissensvermittlung viel Erziehungsarbeit geleistet werden. Im Wechselunterricht hat sich nun bewiesen, dass die Größe der Lerngruppe einen Einfluss auf Lerntempo und Lernatmosphäre hat.

Der VBE Hessen fordert:

- Die Unterstützung darf nicht auf Schüler/innen beschränkt werden, die vor einem Wechsel auf die weiterführende Schule oder in eine Ausbildung stehen.
- Zusätzliche Förderstunden sind für alle Schüler/innen wichtig. Diese müssen auch für die kommende erste Jahrgangsstufe eingeplant werden, da die Grundlagen für ein erfolgreiches Lernen in Vorklassen und in Kindergärten vielerorts nicht gelegt werden konnten.

- Der Klassenteiler muss verändert werden, so dass Unterricht dauerhaft in kleineren Lerngruppen stattfinden kann. Entsprechend muss das Kultusministerium bei der Personalplanung den Mehrbedarf berücksichtigen.

Inklusion und Förderschulen

Die Inklusion lief aufgrund der knappen personellen, finanziellen und räumlichen Ressourcen an den Schulen schon vor der Pandemie sehr holprig. Die Corona-Vorgaben haben die Beschulung von Schüler/innen mit Förderbedarf weiter erschwert, zumal die Vielfalt der Beeinträchtigungen, die damit verbundenen besonderen Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen sowie Besonderheiten an Förderschulen nur selten bedacht wurden.

Der VBE Hessen fordert:

- Das Kultusministerium muss beständig und frühzeitig die Expertise der Förderschulen (mit ihren verschiedenen Förderschwerpunkten) einholen.
- An allen Regelschulen muss es ausreichend Förderschul-Lehrkräfte geben, so dass in allen Klassen, in denen sonderpädagogischer Förderbedarf besteht, Tandems aus Regel- und Förderschul-Lehrkräften zum Einsatz kommen können. Ausreichend Zeit für Kooperationsstunden muss eingeplant werden.
- Die Teilhabe-Assistenz (THA) ist eine personenzentrierte Leistung und nicht vom Ort abhängig. Deshalb muss dafür gesorgt werden, dass die THA bei Distanzunterricht in die Familien gehen dürfen, um die Schüler/innen dort beim Lernen zu unterstützen. Dies darf nicht vom Schulamtsbereich abhängig sein.

Digitalisierung:

In Sachen Digitalisierung ist das Bildungssystem von der Pandemie kalt erwischt worden, da die Voraussetzungen für digitales Lehren und Lernen noch nicht geschaffen worden waren. Es fehlte (und fehlt vielerorts noch) an Breitband-Internet, an IT-Ausstattung in den Schulen, an Netzwerklösungen, datenschutzkonformen Clouds und Videokonferenz-Systemen. So konnten die Schulen erst in der Krise ausprobieren, welche Hard- und Software für ihre Zwecke geeignet ist und Lehrkräfte mussten sich unter enormen Zeitdruck in Technik und Tools einarbeiten, deren Nutzung noch dazu teilweise nur vorübergehend geduldet wird. All das hat viel Energie und Zeit gekostet – auch zu Lasten der Schüler/innen.

Bei allen Möglichkeiten, die das digitale Unterrichten bietet, müssen wir uns auch der Grenzen bewusst sein: Mit dem Distanzunterricht werden nicht alle Schülerinnen und Schüler erreicht. Das kann technische Gründe haben (z. B. wenn es in einer Gegend keine oder keine stabile Internet-Verbindung gibt) oder der Familiensituation geschuldet sein. Für jüngere Schüler/innen kommt hinzu, dass persönliche Begleitung und Betreuung besonders

wichtig sind. Wechselunterricht hat sich für v.a. Grundschulkinder daher als sinnvoller erwiesen als Distanzunterricht.

Der VBE Hessen fordert:

- Die Digitalisierung muss weiter vorangetrieben werden, dabei dürfen besonders die ländlichen Regionen nicht vergessen werden (Stadt-Land-Gefälle).
- Das Kultusministerium muss Standards bezüglich der digitalen Infrastruktur und der IT-Ausstattung an den Schulen setzen, damit in ganz Hessen die gleichen Lehr- und Lernbedingungen herrschen.
- Formen des digitalen Lehrens und Lernens müssen fest in die Lehrkräfte-Ausbildung aufgenommen werden. Fort- und Weiterbildungsangebote für Lehrkräfte an den Schulen müssen ausgebaut werden.
- Das Hessische Schulportal muss von einer Informations- und Kommunikationsplattform zu einer Lernplattform ausgebaut werden.
- In das Schulportal muss zeitnah ein (vorhandenes und bewährtes) Videokonferenz-System integriert werden, das die Kriterien der sicheren Kommunikation und einfachen Handhabung erfüllt.
- Lehrer/innen und sozialpädagogische Fachkräfte müssen dauerhaft mit personalisierten Endgeräten ausgestattet werden, die allen Anforderungen des Berufsalltags entsprechen sowie ein datenschutzkonformes Arbeiten ermöglichen.
- Die Schulträger müssen sicherstellen, dass es einen festen IT-Service an den Schulen gibt, der Support für Lehrer/innen und Schüler/innen leisten und sich um die Wartung und Nachrüstung der Geräte kümmern kann. Dieser Service könnte von Medienzentren oder professionellen Anbietern übernommen werden.

Bürokratie

Die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und Schulleitungen durch außerunterrichtliche Aufgaben und Verwaltungsaufgaben wächst stetig: Organisation und Dokumentation, Absprachen im Team, Runde Tische und Förderausschüsse, Kontrolle der Masern-Impfung u.v.a.m. In der Pandemie kamen u.a. zahlreiche statistische Abfragen, die Vorbereitung auf ständig wechselnde Unterrichtsformen sowie die Organisationen von Selbsttests hinzu.

Der VBE Hessen fordert:

- Die pädagogische Rolle der Lehrkräfte muss wieder gestärkt werden.
- Arbeitszeit und außerunterrichtliche Aufgaben müssen neu berechnet werden. Daraus folgt: Die Pflichtstunden müssen reduziert werden.
- Zur Entlastung von Schulleitungen und Lehrkräften müssen Verwaltungsfachkräfte in allen Schulamtsbereichen eingestellt werden. Dabei müssen insbesondere die kleinen (Grund)Schulen bedacht werden.
- Schulleitungsdeputate und Sekretariatsstunden müssen aufgestockt werden.

Arbeits- und Gesundheitsschutz

Es ist nicht abzuschätzen, wie die Pandemie sich weiter entwickeln wird. Vorsorgliche Investitionen in den Arbeits- und Gesundheitsschutz an Schulen sind daher notwendig. Ein wesentlicher Ansatzpunkt sind dabei die Schulgebäude, die seit jeher zu klein geplant werden. Im normalen Schulalltag und besonders bei der Umsetzung der Inklusion stoßen die Schulen ständig an ihre Kapazitätsgrenzen. In der Pandemie verhinderten die Enge und der Raumangel den Präsenzunterricht für mehr Schüler/innen bzw. Lerngruppen gleichzeitig.

Der VBE Hessen fordert:

- Für die Schulen muss es feste Ansprechpartner/innen in den Gesundheitsämtern und in den staatlichen Schulämtern geben.
- Es muss langfristig dafür gesorgt sein, dass den Schulen Luftreinigungsgeräte und CO-Messgeräte von den Schulträgern und die notwendige PSA-Ausrüstung vom Land zur Verfügung gestellt werden.
- Altbauten müssen entsprechend den aktuellen Erfordernissen saniert werden bzw. mit mobilen oder stationären Lüftungssystemen nachgerüstet werden.
- Schul-Neubauten müssen großzügiger geplant werden, damit – auch mit Blick auf Abstands- und Hygieneregeln – mehr und größere Räume zur Verfügung stehen. Zudem müssen von vornherein Entlüftungsanlagen eingebaut werden.

Politische Planung und Kommunikation

Das Hin und Her der vergangenen Monate hat für Verunsicherung, Unverständnis und Verärgerung an den Schulen geführt, zumal die Entscheidungen der Politik oft praxisfern waren. Nach über einem Jahr mit der Pandemie und zahlreichen Erkenntnissen über das Infektionsgeschehen kann die Erklärung, dass Entscheidungen aufgrund mangelnder Erfahrungen oft kurzfristig gefallen sind und ständig geändert wurden, nicht länger gelten.

Der VBE Hessen fordert:

- Vor Entscheidungen müssen Lehrer/innen bzw. deren Gremien und Verbände mit ihrer Expertise in bildungspolitische Beratungen eingebunden werden.
- Die Schulen müssen frühzeitig und nicht etwas durch Pressekonferenzen von den Entscheidungen informiert werden.
- Die Aussagen aus dem Kultusministerium müssen verlässlich und die Vorgaben erfüllbar und nachvollziehbar sein. Widersprüchliche und scheinbar sinnfreie Vorgaben bedeuten oft eine unnötige Belastung und lassen sich zudem gegenüber Eltern nur schwer vertreten. Auch wenn bei Eltern Erwartungen geweckt werden, die durch Schulen nicht eingelöst werden können, führt dies zu Verärgerung und Wut, die dann an den Lehrkräften und Schulleitungen ausgelassen wird.